

Die Gleichheit

Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Kinder. — Die Frau und ihr Haus

Die Gleichheit erscheint wöchentlich
Preis: Monatlich 1,20 Mark, Einzelnummer 30 Pfennig
Durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Postgeld
3,60 Mark; unter Kreuzband 4,25 Mark

Berlin
9. August 1919

Zuschriften sind zu richten an die
Redaktion der Gleichheit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 147 40
Expedition: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Ueber die Formen und Bedeutung der Räte

Von Dr. Hugo Sinzheimer, M. d. R.

Den richtigen Standpunkt in der Rätefrage wird man nur gewinnen können, wenn zunächst im Interesse einer reinen Durchführung des demokratischen Gedankens zwei Extreme ausgeschaltet werden. Das eine Extrem liegt in der Forderung auf Errichtung einer Räterediktatur, wie sie in Rußland verwirklicht ist, und von den Unabhängigen, wenn auch mit Modifikationen, in Deutschland angestrebt wird. Das Wesen einer solchen Räterediktatur liegt in der gewollten Ausschaltung weiterer Bevölkerungskreise von der Mitwirkung im staatlichen und wirtschaftlichen Leben. Eine solche Ausschaltung widerspricht dem Gedanken der Demokratie, ohne die ein geordneter Aufbau im Innern nicht möglich erscheint. Das andere Extrem hat ein reaktionäres Gesicht und ist gerichtet auf die Einführung eines berufsständischen Parlaments, einer sogenannten „Kammer der Arbeit“ neben dem politischen Parlament. Eine solche berufsständische Kammer birgt grundsätzlich die Gefahr in sich, das politische Leben völlig zu materialisieren, indem es alle politischen Entscheidungen von der entscheidenden Mitwirkung der wirtschaftlichen Interessenten abhängig macht. Sie ist aber auch praktisch-politisch vom Standpunkte der Demokratie aus ein Rückschritt. Sie ist geeignet, den Einfluß der Arbeiterklasse auf die Gesetzgebung, der gesichert ist, wenn ihre Vertreter im politischen Parlament die Mehrheit erlangen, zurückzudrängen. Die Vertreter der Arbeiter können in einer berufsständischen „Kammer der Arbeit“ in der Minderheit bleiben. Wenn daher die Arbeiterklasse im politischen Parlament die Mehrheit erlangt hat, so wird ganz von selbst diese Mehrheit durch das Dasein einer berufsständischen Kammer machtlos gemacht. Es ist daher sehr bezeichnend, daß gerade die konservativen Kreise jenen Gedanken der berufsständischen Kammer mit besonderer Freude begrüßt haben. Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei hat einmütig die Verwirklichung des Rätegedankens in der Form der berufsständischen „Kammer der Arbeit“ abgelehnt.

Für die Verwirklichung des Rätegedankens in der Demokratie ist ein anderer Weg zu suchen. Dieser Weg wird durch den Gedanken gewiesen, daß es erforderlich ist, im Staate neben der eigentlichen Staatsverfassung eine eigene Wirtschaftsverfassung zu begründen, welche die Möglichkeit gibt, daß die wirtschaftlichen Organisationsfragen unmittelbar und selbstständig gelöst werden. Das Bedürfnis nach einer solchen wirtschaftlichen Verfassung besteht, weil das Bedürfnis nach einer Organisation des Wirtschaftslebens unabwendbar ist. Mit der Anarchie der sogenannten „wirtschaftlichen Freiheit“ muß gebrochen werden. Der soziale Gesamtzweck der Wirtschaft muß verwirklicht werden können. Dazu bedarf es der planmäßigen Zusammenfassung aller wirtschaft-

lichen Kräfte. Es handelt sich im wesentlichen um die folgenden organisatorischen Grundaufgaben:

Zunächst muß die Produktivität der Arbeit gesteigert werden. Es wäre falsch, darauf zu hoffen, daß diese Steigerung nur durch immer größere Ausnutzung des Arbeiters gewonnen werden könne. Die Steigerung der Produktivität muß dadurch erreicht werden, daß die wirtschaftlichen Kräfte zusammenschloß, überflüssige Glieder ausgeschaltet, überflüssige Betriebe stillgelegt und die Eigenart der Betriebe nach ihrer besonderen Leistungsfähigkeit nutzbar gemacht werden. Damit wird zugleich die zweite Grundaufgabe erfüllt, die Produktionskosten möglichst zu verringern. Sehr viele Kosten werden erspart werden, wenn die Freiheit des Unternehmers in der Anwendung beliebiger Produktionsmethoden zugunsten allgemeiner Produktionsnormen eingeschränkt wird. Schließlich handelt es sich darum, den sozialen Gesichtspunkt der Produktion dem bloßen privatwirtschaftlichen Rentabilitätsgesichtspunkt voranzustellen. Oberster Grundsatz der Wirtschaft muß sein, daß in der Produktion das, was die Menge notwendig zum Leben braucht, den Vorrang haben muß gegenüber dem, was überflüssig ist und entbehrt werden kann.

Der Erfüllung dieser Grundaufgaben eines organisierten wirtschaftlichen Schaffens dienen die Wirtschaftsräte, deren Errichtung in der neuen deutschen Reichsverfassung vorgesehen ist. Ihre Gliederung ist sachlich und territorial gedacht. Die sachliche Gliederung wird sich am besten den freien Arbeitsgemeinschaften anpassen, die seit der Revolution in Deutschland auf Grund von Verträgen zwischen den Unternehmern und Arbeiterverbänden errichtet worden sind. Diese Arbeitsgemeinschaften dienen nicht nur der Regelung des Arbeitsverhältnisses. Sie sehen auch die Produktionsregelung vor. Sie bilden die Keimzellen zu einem wirtschaftlichen Aufbau mit organisatorischem Gepräge. Man wird bei der Errichtung solcher Wirtschaftsräte nicht schematisch nach einer Schablone vorgehen dürfen, sondern vielmehr in vorsichtiger Abwägung des lebenden Wirtschaftskörpers jene Arbeitsgemeinschaften zu entwickeln suchen, so daß aus der Wirtschaft selbst heraus durch lebendiges Schaffen der Beteiligten die neue Form natürlich erwächst. Die territoriale Gliederung ist für Bezirke und das Reich gedacht. Der Reichswirtschaftsrat soll die oberste Spitze darstellen, die die Grundlagen für den organisatorischen Aufbau des Wirtschaftslebens zu regeln hat. Das wesentliche im Aufbau dieser Wirtschaftsräte ist die Beteiligung der Arbeiterschaft an der Entscheidung über produktionspolitische Fragen. Bisher war der Arbeiter nur Arbeitnehmer im Dienste des Arbeitsgebers. Seiner Mitwirkung unterlagen nur die Angelegenheiten des Arbeitsverhältnisses. Die Wirtschaftsfragen wurden ohne ihn einseitig durch den Unternehmer entschieden. Der Wirtschaftsrat hebt den Arbeiter aus der Arbeitnehmersphäre in die Produktions-sphäre, beteiligt ihn an der Produktionsregelung, gibt ihm den Überblick über das gesamte Wirtschaftsleben und bildet seine Tätigkeit aus, auch produktionspolitisch wirksam zu sein.

Neben den Wirtschaftsräten werden in der Reichsverfassung besondere Arbeiterräte ins Auge gefaßt. Sie haben die Aufgabe, auf allen Gebieten die reinen Arbeiterinteressen vom Arbeitnehmerstandpunkte aus zur Geltung zu bringen. Die Arbeiterräte bilden im Grunde die Verwirklichung einer alten Forderung der Arbeiterschaft. Schon früher war die Errichtung von Arbeiterkammern gefordert worden. Dadurch sollten endlich rechtliche Vertretungen für die gesamte Arbeiterschaft geschaffen werden. Die Verfassung sucht nun diesen Gedanken zu verwirklichen, indem sie für die Bezirke Bezirksarbeiterräte und für das Reich einen Reichsarbeiterrat zu schaffen sucht. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse soll den Arbeiterräten nicht überwiesen werden; denn diese Regelung bleibt am besten in den Händen der freien Berufsverbände, welche die nötigen Kampforganisationen bilden, über die erforderlichen Kampffonds verfügen und sich am besten den besonderen Bedürfnissen der Betriebe und Berufe anzupassen verstehen. Durch die Arbeiterräte wird der soziale Einfluß der Arbeiterschaft gesteigert. Die gesamte Arbeiter- und Angestelltenschaft wird organisatorisch zusammengefaßt und zu einer einheitlichen Macht verbunden.

Wirtschaftsräte und Arbeiterräte zusammen bilden die Grundlage des Räteystems, wie es die Verfassung vorsieht. Dieses Räteystem schaltet die Demokratie nicht aus, sondern ergänzt sie. Ein politischer Einfluß der Räte, insbesondere der Wirtschaftsräte ist wünschenswert. Das politische parlamentarische Leben wird durch einen solchen Einfluß gefördert, weil es in ständige Verbindung mit dem lebendigen Quell der Entwicklung gebracht wird. Andererseits wird das Wirtschaftsleben an sachgemäßer Behandlung durch die Gesetzgebung gewinnen, wenn das Hauptorgan dieses Wirtschaftslebens, der Reichswirtschaftsrat, die Gesetzgebung anregend fördern kann. Die Frage ist nur, in welcher Form ein solcher politischer Einfluß des Räteystems auf das Parlament stattfinden soll. Eine Mitentscheidung kommt nach dem oben über die berufsständische „Kammer der Arbeit“ Gesagten nicht in Betracht. Es kann sich nur darum handeln, dem obersten Organ der Wirtschaftsverfassung, dem Reichswirtschaftsrat, ein Recht zur Initiative dem politischen Parlament gegenüber zu geben. Der Entwurf einer Reichsverfassung hat ein solches Recht des Reichswirtschaftsrates anerkannt und in der Weise ausgestattet, daß der Reichstag verpflichtet ist, Gesetzesvorlagen des Reichswirtschaftsrates wie Vorlagen der Regierung zu behandeln. Vertreter des Reichswirtschaftsrates sind berechtigt, die Vorlagen des Reichswirtschaftsrates persönlich zu vertreten und sich an den Verhandlungen darüber im Reichstage zu beteiligen.

Durch diese in den Grundzügen skizzierte Grundauffassung kann das organisatorische Problem der Rätebewegung einer Lösung entgegengeführt werden. Wir müssen uns damit vertraut machen, daß sich in der modernen Entwicklung des gesamten Gesellschaftslebens immer mehr eigene Ringe loslösen, die nach einer selbständigen Lebensgestaltung drängen. Man will auf allen Gebieten soziale Selbstverwaltung, Entstaatlichung des sozialen Lebens, Selbstgestaltung der sozialen Schicksale, die über den Menschen hängen. Die Arbeiterklasse wird durch die Anwendung dieses Rätgedankens auf das Wirtschaftsleben eine Erweiterung ihrer sozialen Lebenssphäre erfahren. In den Arbeiterräten wird ihr sozialer Einfluß gesteigert. In den Wirtschaftsräten werden sie zur Mitwirkung an der Produktionsleitung berufen. Durch die politischen Rechte der Räte wächst weiterhin ihr politischer Einfluß. Zugleich wird durch die organisatorische Zusammenfassung des Wirtschaftslebens der sachliche Boden für den Sozialismus vorbereitet und durch die Beteiligung der Arbeiter in den wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern ihre Fähigkeit zur sozialistischen Vertretung geweckt und gefördert. Der eigentliche Sozialismus wird durch die Räte selbst nicht verwirklicht. Denn dieser beruht stets auf den gesetzgeberischen Aenderungen des bestehenden Wirtschaftsrechtes. Nur der Staat kann das Privateigentum an den Produktionsmitteln auf den

Staat übertragen. Die sozialistische Gesetzgebung muß daher stets neben der Räteentwicklung einhergehen. Diesen Weg hat auch bereits die Gesetzgebung in Deutschland eingeschlagen, indem sie ausdrücklich dem Reiche das Recht beilegt, Sozialisierungsakte vorzunehmen. Sozialismus und Rätebewegung werden die beiden Entwicklungsfaktoren der nächsten Zeit sein.

Der Tempel der Schönheit

Sozialismus ist das hohe funkelnde Firmament neuen Menschentums. Menschenwürde ist auf blühender Sternenniele schreitender neuer Glaube

Das Gewand aber ist Schönheit . . .
 Unter dem Firmament „Sozialismus“ bauet der Schönheit Tempel.
 Das Fundament sei geheiligte Erkenntnis auf dem Felsen! Wahrheit!
 Die Grundmauer sei Treue.
 Die Säulen edle Strebbarkeit, menschendienende Kunst!
 Die himmelgewölbte azurige Kuppel: Menschenliebe!
 Das hohe einströmende Licht: Freiheit!
 Der freien, schönen, edlen Menschen Chor werde Zunge erhabener Dichtung!

Der tiefsten Menschenlust Symphonie: Musik!
 Schönheit rede in freudetrunkenen Farben . . .
 Menschenwürde walle unter dem funkelnden hohen Firmamente zum Tempel der Schönheit.

Ein Stern falle, der Menschheit Gewand.
 Die neue Inbrut ist Sozialismus.

Julius Zerfas.

Die Verfassung des Deutschen Reiches

Von Marie Juchacz.

Die Verfassung liegt uns Abschluß der zweiten Lesung im Plenum gedruckt vor uns. Nur wenige Tage noch, dann wird sie dem „hohen Hause“ zum drittenmal zur Beratung und Beschlußfassung vorliegen und wird dann Gesetz sein.

Zwei Hauptteile: Aufbau und Aufgaben des Reiches und Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen, stellen das ganze Werk dar. Jeder dieser Hauptteile zerfällt in einzelne, nach der Materie gegliederte Abschnitte, so daß eine gute Uebersicht geschaffen ist.

Die ganze Verfassung, einschließlich der Uebergangs- und Schlußbestimmungen, besteht aus einhundertdreißig Artikeln, von denen eine große Zahl heiß umstritten wurde. In seiner Gesamtheit stellt das ganze Werk ein Kompromiß zwischen den drei Hauptparteien, Sozialdemokratie, Zentrum und Deutsch-Demokratische Partei dar, d. h. es wurde in der Kommission solange verhandelt, bis eine Fassung gefunden war, der die genannten Parteien zustimmen konnten. Das schloß natürlich nicht aus, daß die einzelnen Parteien ihre Anträge im Plenum erneut einbrachten und eindringlich begründeten in der Hoffnung, doch noch eine Mehrheit dafür zu finden. Bei einzelnen Dingen ist das unserer Fraktion noch geglückt.

„Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.“ Dieser schöne Satz ist der Verfassung vorangestellt. Möge er Wahrheit sein und bleiben!

Heute wollen wir uns mit dem ersten Hauptteil: Aufbau und Aufgaben des Reiches beschäftigen. Der erste Abschnitt trägt die Ueberschrift: Reich und Länder. Zwei ganz kurze, prägnante Sätze bilden den ersten Artikel:

Das Deutsche Reich ist eine Republik.

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Ursprünglich wurde von sozialistischer Seite nach einer Satzform gesucht, die das Wort Reich vermeidet. Das geschah in Erinnerung an die englische Uebersetzung Imperium. Es sollte auch im Kuslande voll und ganz zum

Ausdruck kommen, daß man hier ein ganz neues Staatsgebilde mit einem völlig veränderten Charakter vor sich habe. Keine der vorgeschlagenen Formeln drückte aber so vollkommen aus, was wir sind und was wir wollen, wie die nun gewählte Prägung. Dieser Artikel I soll das Charakteristikum unserer Verfassung und damit zugleich unseres staatsbürgerlichen und politischen Lebens sein. Vorbei soll es sein mit der monarchischen Gewalt, die uns nur einen Scheinkonstitutionalismus gegeben hatte und uns blindlings hineinregierte in das Unglück, dessen Folgen wir noch sehr lange tragen werden. Ohne gekrönte Häupter soll das Volk sich in Zukunft selber regieren; von ihm geht die Staatsgewalt aus. Es kann nun in Zukunft niemand verantwortlich machen für sein eigenes Geschick, weil es selber die Verantwortung dafür trägt. Von seiner politischen Einsicht und seiner Urteilskraft wird stets Form und Gestalt der jeweiligen gesetzgebenden Körperschaft abhängen, ihre Mehrheit wird stets der Mehrheit des Volkes entsprechen und demzufolge die Geschicke des Landes lenken.

Die Artikel II und V tragen den Verhältnissen Deutschlands insofern Rechnung, als darin anerkannt wird, daß das Reichsgebiet aus einzelnen Ländern besteht. Es ist leider so, daß sich das Volk durch die Revolution wohl seiner gekrönten Häupter entledigt hat, aber nicht die Kraft fand, auch die einzelnen Staatengebilde im Reich ganz aufgehen zu lassen. Ursprünglich sprach die Verfassung von Gliedstaaten, einem Begriff, mit dem die Herren Juristen sich nicht befreundeten konnten. Der Artikel II läßt auch durch seinen zweiten Satz den Weg offen für die Aufnahme anderer Länder, die danach begehren. Artikel V regelt die Ausübung der Staatsgewalt durch die Organe der Staaten und Länder.

Heiß umstritten waren die zukünftigen Landesfarben. Die Mehrheit beschloß schwarz-rot-gold als Symbol der Landesfarben eines einigen Groß-Deutschlands, die Unabhängigen kämpften für die rote Farbe, die rechte Seite klammerte sich an das „siegewohnte, ruhmgekrönte“

Schwarz-Weiß-Rot. Aus praktischen Gründen, der guten Sichtbarkeit wegen, soll die Handelsflagge die alten Farben behalten und nur in der oberen inneren Ecke eine Bösch mit den neuen Landesfarben erhalten. Im Artikel IV werden die allgemeinen Regeln des Völkerrechts als bindende Bestandteile des deutschen Reichsrechts anerkannt, eine internationale Notwendigkeit und Selbstverständlichkeit, zu der wir auch verpflichtet wären, wenn es nicht in der Verfassung stünde. Daß es darin festgehalten wird, ist gut und richtig.

Im folgenden werden dann bis zum Artikel XI die Kompetenzen der Reichsgesetzgebung geregelt. Im Artikel VI werden die Punkte aufgezählt, in denen das Reich die ausschließliche Gesetzgebung hat, z. B. die Beziehungen zum Ausland, das Kolonialwesen, Staatsangehörigkeit, Freizügigkeit, Ein- und Auswanderung, Zoll- und Münzwesen, Post-, Telegraph- und Fernsprechwesen. Die Bedeutung liegt in dem Wort ausschließlich, womit gesagt ist, daß auch die ausführende Gesetzgebung und die Ausführung selbst vollkommen beim Reich und seinen Organen liegen.

In zwanzig weiteren Materien, darunter des bürgerliche Recht, das Strafrecht, das Recht der Sozialgesetzgebung, ist durch die Verfassung der Reichsgesetzgebung vorbehalten. Es sind hier alle die Gebiete einbezogen, in denen das Reich auch bisher gesetzgeberisch tätig war. Daneben bleibt ein großer und aussichtsreicher Spielraum für die Reichsgesetzgebung der Zukunft, die uns Frauen die schönsten Perspektiven eröffnet.

Die Aufhebung der Blockade

S.A.K. Die deutsche Republik beendet die durch den Krieg hervorgerufenen und fünf Jahre gezwungenermaßen geführte geschlossene Nationalwirtschaft, tritt nun als Wirtschaftsglied in den Kreis der Nationen und kann jetzt wieder an der Weltwirtschaft teilnehmen. Erfüllen sollen sich nun auch alle Hoffnungen, welche Volk und Regierung auf die wohlthätigen Folgen der ungehinderten Einfuhr von Lebens-

* Feuilleton *

Läutert nicht die Zeit, die reine!
Schmäht ihr sie, so schmäht ihr euch!
Denn es ist die Zeit dem weißen,
Unbeschriebnen Blatte gleich;
Das Papier ist ohne Makel,
Doch die Schrift darauf leid ihr!
Wenn die Schrift nicht lust erbaulich,
Nun, was kann das Blatt dafür?

H. Grün.

Johann Christof

(Gottf.)

Im Zeichen der Verbrüderung Deutschlands und Frankreichs steht Hollands gewaltiger Roman „Johann Christof“. Trotz dieser Einschränkung darf der Verfasser keineswegs nur als Verfechter des deutsch-französischen Verständigungsgedankens angesehen werden; immer ist bei der Würdigung Hollands im Auge zu behalten, daß er Menschheitskämpfer ist. Wenn er als die Grundlage seines — ich möchte sagen: internationalen Romans — Deutschland und Frankreich wählte, dann sicherlich aus schwerwiegenden Gründen, unter denen die sich einander ergänzenden Kulturbeziehungen, die aufeinander angewiesene Kulturarbeit der beiden Länder nicht die geringfügigsten sind.

Mit vielen, vielen andern kann auch ich die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Verkündigung einer besseren Zukunft, wie sie im „Johann Christof“ ausgeprochen wird, Wirklichkeit wird. Unser materiell-egoistisches Zeitalter hat freilich für „Utopien“ nichts übrig, aber es beweist dadurch, daß es keine großen Ideale kennt. Es glaubt nicht an diese

Ideale, weil es nicht kennengelernt hat, daß auch sie zu realisieren sind. Und soweit dieses unser Zeitalter sich wirklich mit ihnen beschäftigt — wenn auch nur mit spöttisch-überlegenen Räckeln! — so trennt es, wie gesagt, Realismus vom Idealismus, weiß mit beiden zugleich nichts anzufangen.

All das veranlaßt mich, aus den in der Einleitung angegebenen Gründen in einer sozialdemokratischen Zeitschrift zu Frauen zu sprechen. Denn bei ihnen wird das, was dem Manne „Pflicht“ — vielfach nicht mehr und nicht weniger — ist, zur Herzenssache, und ihr Gefühl versteht bereits da, wo der Mann noch vor Räckeln und Unbegreiflichkeiten steht.

Die deutsche, sehr gute Uebersetzung des „Jean-Christophe“ ist in der Literarischen Anstalt Rütten u. Voening, Frankfurt a. M., erschienen und stammt von Otto und Erna Grautoff. Vor dem Kriege begonnen, wurde sie während der Kriegszeit weitergeführt, und 1917 wurde das drei starkbändige umfassende Werk abgeschlossen.

Dämmerung . . .

Ein Mensch ward geboren, und aus dem Rätsel des geheimnisvollen Werdens blühen vereinzelt Funken, deren schwaches flimmerndes Leuchten leise die Zukunft ahnen läßt. Dämmerung und schwer ist die Stimmung, voll verhaltener Tragik, durcheinander von mütterlicher Liebe, die unsagbar zart angehaucht wird, denn es sind ja nur einfache Menschen, um die es sich handelt.

Knapp und klar wird die Stimmung gegeben:

„Das Murmeln des Flusses raunte hinter dem Hause empor. Der Regen schlug seit Tagesanbruch an die Scheiben. Ein

mitteln, Futtermitteln, Fertigfabrikaten und Rohstoffen gefehlt haben. Muß doch jetzt auch die innere Blockade des Bundes fallen, welche nicht weniger als die der Entente am Markt des Volkes zehrte und bis in diese Tage hinein jeden Versuch einer gerechten Verteilung der Lebensmittel und Gebrauchsartikel einfach unmöglich machte. Die ruckartig fallenden Schleichhandelspreise reden eine erstrenliche deutliche Sprache.

Mit den 1500 Millionen Mark, welche von Staat und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden, um in den nächsten drei Monaten der Bevölkerung die ausländischen Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen verkaufen zu können, wird ein ernsthafter Schritt zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des Volkes getan, die allein durch weitere Lebensmittelfuhr in der Zukunft sichergestellt wird. Denn nur mit Erzeugnissen unserer Arbeit, nicht aber mit entwertetem Papiergeld, können wir die Auslandswaren bezahlen. Durch geringere, höchstens 80prozentige Ausmahlung des Brotgetreides heben wir die Verdaulichkeit unseres Brotes und können den höheren Kleiertrag der Viehhaltung zugute kommen lassen. Durch Einfuhr von Futtermitteln aller Art, vor allem argentinischem Mais, soll die Aufzucht unserer Viehbestände energisch gefördert werden. Damit steigt zugleich die Erzeugung tierischen Düngers, der so wertvoll gerade für den Kleinbauer ist.

Von Fertig- und Halbfabrikaten kommen vor allem Lüche und Stoffe jeder Art und Erzeugnisse der Lederindustrie in Betracht. Den minderbemittelten Volkskreisen die Anschaffung dringend notwendiger Kleidungsstücke zu erleichtern, bringt die Regierung 41 Millionen Meter Stoff aus Vorratsbeständen zum Verkauf und stellt gleichzeitig 300 Millionen Mark zur Verfügung zum Ankauf ausländischer Textilwaren. Dem gleichen Zweck dient die von der Reichsregierung veranlassete bevorzugte Einfuhr von Chevreauleder; genügend Rindsleder erzeugen wir selbst, ausreichend zur Anfertigung von 3 Millionen Paar Schuhen, welche durch Verteilung bis zum kleinsten Schuhmacher auf direktem Wege den Verbrauchern zu-

geführt werden. So groß die angeführten Zahlen sein mögen, darf doch nicht übersehen werden, daß sie für den Bedarf eines 60-Millionenvolkes nicht mehr sind als der Tropfen auf dem heißen Stein.

Andererseits verfügt das Ausland wirklich über große Mengen von Fabrikaten. Neben den amerikanischen Industrien sind es besonders die Textilindustrien Englands, Frankreichs und Italiens, die danach trachten, ihre aufgestapelten Vorräte mit Eintritt des freien Handelsverkehrs nach Deutschland zu werfen. Die seit Monaten unter Absatzmangel leidende englische Baumwollindustrie hat große Warenlager in Holland und in der Schweiz angesammelt. In der Schweiz sind daraufhin neuerdings die Preise der einheimischen Textilerzeugnisse, insbesondere für wollene Stoffe und für Baumwollgewebe, panikartig zurückgegangen. Stalin hofft, die angehäuften Seidenvorräte nach Deutschland absetzen zu können; ferner ist in Italien ein zu den hohen Kriegspreisen hergestellter Vorrat von einer halben Milliarde Meter Baumwollstoffen vorhanden. Für die Einfuhr von Fertig- und Halbfabrikaten der Lederwarenindustrie herrschen im Ausland die gleichen, für uns im Augenblick günstigen Verhältnisse.

Aber die Einfuhr, wenn auch notwendiger Fertigwaren, muß eine Grenze haben an unserem Interesse für den Wiederaufbau der deutschen Industrie, welcher nur durch recht schnelle und umfassende Einfuhr von Rohstoffen aller Art der Weg zur früheren Höhe geebnet werden kann. Das Hauptziel der deutschen Industrie muß gerichtet sein auf die möglichst baldige Ersetzung ausländischer Fabrikate durch deutsche Erzeugnisse. Leicht wird dieses Beginnen nicht sein. Sind doch einzelne Industrien neutraler Staaten, besonders die skandinavische Schuh- und Lederwarenindustrie, durch die mit fortwährender Herabsetzung der Preise Hand in Hand gehende Ueberschwemmung mit Auslandswaren in schwere Bedrängnis geraten. Auf jeden Fall ist mit erheblichen Preisrückgängen auch in Deutschland zu rechnen, oder es wird besseres Material für die gleiche Geld-

verdampfender Wasserstreifen rieselt an dem zerplatzten Fenster hinab. Der fahlgelbe Tag verlosch. In lauer Stimmungslosigkeit lag das Zimmer."

Mit geradezu primitiven Worten wird die Mutter, Luise, charakterisiert:

„Sie war blond, fast weiß; ihre Büge waren schloß; Sommerproffen bedeckten ihr sonstes Lammesgesicht, und ihre breiten, bleichen, schüchtern lächelnden Lippen wollten nicht recht zueinander.“

Und dann das Kind:

„Der Knabe erwacht und weinte. Sein trübler Blick flatterte unruhig. Ach, wie entsetzlich ist das alles! Die Finsternis, das brutale Ausleuchten der Lampe, die Schreckbilder eines kaum dem Chaos enthobenen Gehirns — die erschreckende und bewegte Nacht ringsumher, das bodenlose Dunkel, aus dem gleich grell blendenden Lichtstrahlen stehende Eindrücke, Schmerzen, Erscheinungen über ihn hereinbrachen: riesenhafte Gesichter, die sich über ihn neigen, Augen, die ihn durchdringen, sich in ihn versenken und die er nicht versteht! . . . Zum Schreien findet er keine Kraft; das Grauen nagelt ihn unbeweglich fest; Mund und Augen weit offen, ringt er mühsam nach Atem . . .“

Fürwahr, wenn man von Plastik in der Literatur sprechen kann, dann hier. Aber nicht dadurch wird die Vorstellungsfähigkeit des Lesers in höchstem Maße in Anspruch genommen, daß Szenerie, Dinge, Menschen und Gefühle bloß mit bestimmten, an den rechten Ort gestellten Worten charakterisiert und insolgedessen ver sinnbildlicht und zu prachtvoller Deutlichkeit emporgesührt werden, sondern daß diese „Schilberung“, diese ebenso großzügige wie alle Einzelheiten berücksichtigende Darstellung mit dem Herzen gegeben wird. Und bei allem angewandten Realismus leidet bei Nolland nie (oder

selten) die Schönheit und Harmonie des Ganzen; er benutzt den Realismus, weil ohne ihn das Bild des Menschen als Menschheitsvertreter — nicht nur unvollkommen, sondern auch in einem gewissen Sinne unschön wäre; Nolland würde ihn, da er Künstler ist, ohne weiteres verbannen, wenn er durch diese Regierung der Schönheit — also der Wahrheit — näher käme.

Wie unendlich viel kluges Verstehen spricht aus dem Teil, der die Kindheit behandelt, wieviel Nüchternheit, wieviel Liebe. Jedes kleine Wort ist Wahrheit, die der Leser mit Kopfnicken bestätigt, jede unscheinbare Sachwendung zaubert längst entschwundene Kinderfeligkeit zurück. Wie begreifen die Ursachen der Tränen des kleinen Johann Christof, und indem wir traumhaft leise lächeln, fühlen wir, wie sich unser Auge verdunkelt. Die Schmerzen des Kindes werden zu unseren Schmerzen. — — ist das ein Wunder? Waren wir denn nicht auch mal Kinder, ausgefacht den Quälereien und Verfolgungen unserer Altersgenossen und der „großen Leute“, von denen so wenige kindlich zu denken und zu fühlen vermögen?

Alles das sind Einzelheiten, aus denen sich die harmonische Biographie des Kindes zusammensetzt. — — —

Die unglückliche Ehe der Eltern, die sich steigende Trunksucht des Vaters, die Liebe der Mutter, des Großvaters, des Onkels, — alles wirkt auf das Kind ein, aus allem zieht es seine Lebensgewinne, ohne sich dessen bewußt zu sein. Noch sind die Formen seines Wesens nicht erkennbar; Schatten gliedern, unklare Vorstellungen erheben sich, erwachende Vernunft ringt mit chaotischen Gestalten, die aus Unbewußtheit, aus Vor-Menschlichkeit gegenstrebhaft emporlauchen, aus Kleinigkeiten formen sich die großen Leiden der Zukunft, vage religiöse Begriffe werden zu Drohungen und zu Seligkeiten, verlangend kisten bunte lodernde und still-süße Sehnsüchte ins

summe zu kaufen sein. So gelangen vom September ab auf starken fettreiche Seifen zum Verkauf, die in deutschen Seifenfabriken hergestellt, jedenfalls den Verbrauch teurer ausländischer Seifen erheblich einschränken werden. Einen gewissen Schutz gegen die dauernde Ueberschwemmung mit Auslandswaren hat die deutsche Industrie in dem ungünstigen Stand unserer Valuta, der unserer Exportindustrie die Ausfuhr wesentlich erleichtern wird. Auch ist zu erwarten, daß die Forderungen der Arbeiterschaft der neutralen und Ententestaaten um das Mitbestimmungsrecht und um höhere Löhne bei Verkürzung der Arbeitszeit der deutschen Industrie den Wettbewerb auf dem Weltmarkt erleichtern werden. Ob Deutschland überhaupt jemals wieder als ernsthafter Konkurrent auf dem Weltmarkt auftreten kann, hängt in erster Linie ab von der Arbeitsfähigkeit der deutschen Arbeiterschaft. Diese Erkenntnis in seinem Kreise zu verbreiten und ihr durch eigenes Verhalten zu entsprechen, sollte sich jeder einzelne verpflichtet fühlen.

S. Schröter.

Die Internationale

Die Völker werden und müssen sich wieder verständigen, wenn die Menschheit noch einmal aus dem Tal des Grauens aufsteigen will zu den Höhen des Lebens, des Lichtes, der Schönheit.

Den ersten Schritt hat jetzt die internationale Arbeiterschaft unternommen. In Amsterdam trat am 28. Juli der internationale Gewerkschaftskongress zusammen, und in Luzern tagt vom 30. Juli ab die internationale Sozialistenkonferenz.

Die internationale Sekretärin der sozialistischen Frauen, Clara Zetkin, hat einen Aufruf für eine Frauenzusammenkunft erlassen.

Die Arbeiterschaft der ganzen Welt verbindet die gleichen Interessen, darum kann sie das meiste zu der Wiederveröhnung und Erlösung tun. Wir hoffen wieder!

Unendliche. — — leise, zaghaft perlen verlorene Töne der Musik in Wirrnis, Kengstigung und Hoffnung — — bis nach und nach das Zwielicht weicht, bis der Morgen aufsteigt und sein rosiges Licht flüchtig den in der Ferne sich verliedenden Weg erkennen läßt, auf dem der Mensch Johann Christof gehen wird:

Den Weg der Leiden, des Schmerzes.

Alle Qual, die ihn trifft, jede Freude, die ihn begegnet, erfährt bei Johann Christof ein ins Maßlose gehende Steigerung. Zummer ist er völlige Hingabe, und alle Kümernisse nehmen gewaltigere Formen an. Er ringt mit ihnen, und indem sich aus dem Widerstreit seiner Empfindungen, seiner noch verworrenen Eigenschaften der männliche Stolz nach und nach klar herauslöst, zeigt sich auch blickartig aufleuchtend das Genie.

Und in dem Augenblick, da er sich — wenn auch anfangs rein gefühlsmäßig — der Führung des Genies überläßt, gelangt er auf den richtigen Weg. Alle nun einsehenden Zweifel und Irrungen vollziehen sich sozusagen innerhalb gewisser Grenzen und ihre Lösungen sind von vornherein bedingt. Und weiter: die Zweifel sind dauernd, ohne erschöpfend zu wirken; ihre große Aufgabe ist es, nicht zu ermüden, sondern andauernd zu beleben, zu befruchten.

Noch hat sich freilich die Herrschaft des Genies nicht durchsetzen vermocht. Noch ringt es mit Neugierlichkeiten, über die es später lächelnd hinwegzieht. Noch fühlt sich der Mensch in Johann Christof von der Armut bedrückt, noch fühlt er schmerzlich die Anrempelungen der sozial höherstehenden Klasse. Mit erschütternder Deutlichkeit und Wahrhaftigkeit gibt Roland die Seelenstimmungen des Zwölfsjährigen wieder, dessen Herz sich vor Empörung zusammenkrampft

Wohnungsnot — Mieterschutz

Während vor dem Kriege in Deutschland jährlich mehr als 200 000 neue Wohnungen gebaut wurden, sind während des Krieges wenige neue Häuser erranden und selbst die vorhandenen konnten nicht so instand gehalten werden, wie es nötig gewesen wäre. War es in der ersten Zeit die Tatsache, daß viele Familien zum Heeresdienst Eingezogener ihre Haushalte zusammenlegten und so überall Wohnungen leer standen, die die Bauunternehmer vom Bauen abschreckte, so legte später der Mangel an Baustoffen und Arbeitern das Baugewerbe brach. Die noch vorhandenen Materialien, ebenso wie die zur Verfügung stehenden Arbeiter wurden zur Herstellung der Kriegsbauten gebraucht. Aber auch seitdem die Bauhandwerker aus dem Felde zurückgeführt sind, ist nicht die Möglichkeit gegeben, sie mit dem Bau neuer Wohnungen zu beschäftigen, und zwar in erster Linie deshalb, weil die zur Herstellung der erforderlichen Rohmaterialien (Ziegeln, Kalk usw.) nötigen Kohlen fehlen.

So haben wir heute fast in ganz Deutschland eine ungeheure Wohnungsnot zu verzeichnen. Die Männer sind aus dem Felde zurückgeführt; soweit ihre Familien während ihrer Abwesenheit zu Verwandten oder Freunden gezogen waren, wünschen sie jetzt wieder selbst eine Wohnung zu haben; viele von ihnen gründen sich erst jetzt ihr eigenes Heim. Ganz besonders in den Industriezentren hat die Heranziehung von Arbeitern aus allen Gegenden zur Kriegsfabrikation eine Ueberfüllung von Menschen hervorgerufen, die in diesen Orten die Wohnungsnot geradezu katastrophal gestaltet. Es muß deshalb Aufgabe der Regierung sein, alles Mögliche zur Abschaffung dieses Uebelstandes zu tun. Es muß alles geschehen, um den Neubau von Wohnungen in weitgehendstem Maße zu fördern. Wenn man vielerorts dazu übergegangen ist, unter normalen Verhältnissen nicht mehr benutzte Wohnungen notdürftig instand zu setzen und der Bewohnung freizugeben, oder Baracken und sonstige, nicht für die Bewohnung bestimmte Bauten mit Familien zu belegen, so kann das nur ein Ueber-

bei allen tatsächlichen und imaginären Demütigungen. Ihm schien, man betrachte ihn wie ein fremdartiges Tier, das zur fürstlichen Menagerie gehöre, und die Lobeserhebungen wären mehr seinem Herrn als ihm bestimmt. . . . Alles demütigte ihn: er fühlte sich gedemütigt, wenn man mit ihm sprach, wenn man ihm wie einem Kinde Bonbons gab, vor allem aber, wenn der Großherzog ihn, wie es zuweilen vorkam, mit fürstlicher Ungeniertheit fortschickte, wobei er ihm ein Goldstück in die Hand drückte. Er fühlte sich seiner Armut wegen unglücklich und weil man ihn als Armen behandelte. Als er eines Tages heimging, bedrückte ihn das empfangene Geld so sehr, daß er es im Vorbeigehen in eine Kellerrufe warf. . . .

Aber vielleicht ist das alles notwendig? Vielleicht bedarf es dieser Entwürdigungen, dieses Zwanges, dieses Aufbäumens des Stolzes, um dem Genie, um dem revolutionären Künstlermenschen überhaupt den Weg zu breiten?

Schon schafft das Schicksal Ausgleichungen:

Die erste Freundschaft, die erste leise Liebesneigung, es trägt nicht nur dazu bei, seinen Stolz zu verlegen, sondern sein Leben in gewisse Bedingungen einzuordnen. Bis ihn endlich der Tod des Vaters völlig zur Ueberwindung lächerlich-kindlicher Gefühle bringt und ihn zur Anerkennung eines Gesetzes, einer Forderung zwingt, die für ihn dauernd bestehen wird.

„Man lebt, um mein Gesetz zu erfüllen. Leide. Stirb. Doch sei, was Du sein sollst: — ein Mensch.“

Diese Erkenntnis ist die Frucht einer gezeigten Stunde.

Der klare Blick in die eigene Seele wird wieder getrübt durch neue Zweifel; alle Sehnsucht des heranreifenden Körpers wird wach und fordert Erfüllung. Die Tage versinken in purpurner Unendlichkeit; das heilige Wollen schläft.

gangsstadium sein, das so schnell wie möglich überwunden werden muß. Neue Wohnungen, und ganz besonders Kleinwohnungen, die von Arbeitern bezahlt werden können, müssen gebaut werden. Bei der erheblichen Steigerung der Baukosten infolge der Teuerung des Baumaterials sowie die Lohnerhöhungen bestand die Gefahr, daß die neu zu bauenden Wohnungen derartig teuer werden würden, daß der Nichtbesitzende sie zu bezahlen nicht imstande sein würde. Aus diesem Grunde sind bereits vor Monaten 300 Millionen Mark zur Abführung der Baukostenübersteuerung und zur Förderung des Kleinwohnungsbaues von der Nationalversammlung bewilligt worden.

Es mußte aber auch Vorsorge getroffen werden, um die sich ergebenden Mißbilligkeiten zwischen Vermieter und Mieter nach Möglichkeit aus dem Wege zu räumen und zu schlichten. Zu diesem Zwecke war im September vorigen Jahres eine Verordnung zum Schutze der Mieter erlassen worden, die den Mieteinigungsämtern die Befugnis erteilte, über die Wirksamkeit einer ausgesprochenen Kündigung, sowie die Aufhebung oder Verlängerung eines Mietverhältnisses zu entscheiden. Um nun den Mieter vor einer aus der Wohnungsnot herrührenden Ueberbeteiligung seitens des Vermieters zu schützen, sind die Bestimmungen dieser Verordnung kürzlich dahin verschärft worden, daß die Gemeindebehörden seitens der Landeszentralbehörden ermächtigt oder verpflichtet werden können, Anordnungen zu erlassen, wonach jeder Abschluß eines Mietvertrages über Wohnräume, Lager und Werkstätten der Gemeindebehörde anzuzeigen ist. Uebersteigt sodann der vereinbarte Mietzins den angemessenen Mietpreis, so kann die Gemeinde innerhalb einer Woche nach Eingang der Anzeige sowie der Mieter bis zum Ablauf zweier Wochen nach Abschluß des Vertrages bei dem Einigungsamte eine Herabsetzung der Miete auf die angemessene Höhe beantragen. Aus einem nicht angezeigten Mietvertrage kann in solchem Falle der Vermieter keine Ansprüche geltend machen.

Eine besonders wichtige Bestimmung dieser Verordnung ist die, daß Nebenleistungen des Mieters als Teil des Mietzinses gelten. Hierunter fällt auch eine eventuell für den Nachwuchs

der Mieträume gezahlte Belohnung, soweit sie dem Vermieter zufließt. Es ist nur zu natürlich, daß ein Wohnungsuchender eine derartige Belohnung zahlt, falls er ohne sie die Wohnung nicht bekommen zu können glaubt. Die Folge ist aber die, daß der Nichtzahlungsfähige überhaupt keine Wohnung finden würde. In dieser Hinsicht ist noch besonders durch eine weitere Verordnung Vorsorge getroffen worden, die den Wucher bei der Vermittlung von Wohnräumen bekämpft, und durch die es verboten ist, durch öffentliche Bekanntmachungen in der Zeitung usw. derartige Belohnungen überhaupt anzusetzen, sowie Mieträume unter einer Dedadresse oder unter Aufforderung zur Abgabe von Preisangeboten oder unter der Bedingung des gleichzeitigen Erwerbes von Einrichtungsgegenständen anzubieten.

Alle diese Gesetzeserlasse werden gewiß zu ihrem Teil dazu beitragen, den Mieter soviel wie möglich zu schützen; der Schutz reicht allerdings nur soweit, als überhaupt Wohnungen vorhanden sind. Wo das nicht der Fall ist, muß unbedingt zur Enteignung geschritten werden. Es kann in dieser Zeit der allgemeinen Not nicht angehen, daß kleine Familien ganze Häuser bewohnen, oder gar mehr als ein Haus (Stadt- und Sommerhäuser) besitzen, daß also ein Teil ihrer Räume ständig unbewohnt ist, während große Arbeiterfamilien nicht wissen, wo sie ihr Haupt niederlegen sollen. Gewiß ist diese Maßregel nicht leicht zu handhaben, und wir wollen auch nicht das bolschewistische Rußland nachahmen, indem die sogenannten Bourgeois aus ihren Häusern vertrieben und die Arbeiter hineingeführt werden. Auf diese Weise wird keiner glücklich gemacht. Aber es muß dafür gesorgt werden, daß jeder Staatsbürger ein menschenwürdiges Heim hat. Einzelne Städte, in denen die Not besonders groß ist, haben bereits einen guten Anfang gemacht; so die Stadt Kiel. Auf rund 1400 Wohnungsuchende kommen in ihr nur zehn leere Wohnungen. Die Zustimmung der Regierung vorausgesetzt, soll eine Verordnung erlassen werden, nach der jeder, der mehr als die nach seinen persönlichen Verhältnissen nötige Anzahl von Wohnräumen besitzt, die überflüssigen Wohnräume zur Verfügung zu stellen

Schläft, bis die einzige, alles entscheidende Minute kommt. Bis ein tieferes Sehnen Letztes, Wertvollstes gebieterisch fordert. Bis ein ruhiges Wort die Wildheit des Blutes beähmt, die alles zu verzehren drohte.

Neues Hoffen, neues Wollen! Klar erkannt ist der Weg, den ihn sein Genie zu gehen gebietet. Nun hat er Frist gewonnen, nun kann er in Ruhe weiterstreiten. O wie süß das ist, wie himmlisch! Wie das befreit! . . .

Ach, Johann Christof! Du vergißt, daß jetzt, nachdem Dein Herz die Entscheidung ausgesprochen hat, die Unruhe erst beginnt. Du vergißt, daß es für Dich Ruhe überhaupt nicht geben kann. Du vergißt, daß Dein Leben Kampf und Leiden ist. Du vergißt nicht nur Deine Jugend, Dein heißes Blut, Deine menschlich-leidenschaftliche Sehnsüchte! Du gedenkst auch nicht dessen, das Dich zu dem machte, was Du bist. Du vergißt, daß Du Dein Genie töten würdest. Wenn Du Dich der Ruhe, dem stillen Schaffen hingäbest, das den Philister in Dir glücklich machte. Du vergißt, daß Du gar nicht ruhig bleiben kannst, und Du vergißt, daß Dich die Armee der Reider und Feinde und Durchschmittsmenschen immer wieder aufspeitschen wird. Du vergißt — für einen kurzen Augenblick — daß Du Zeit Deines Lebens Revolutionär sein mußt, wenn Du Deine Bestimmung erfüllen, wenn Du Künstler sein willst.

Musik!

Aus dem ganzen ersten Bunde klingen ihre reinen Töne wieder, umjubeln und umlosen Dich, tropfen gleich heißen Schmerzensstränen auf Dein Herz, machen Dich tanzen vor Fröhlichkeit. Alle musikalischen Klänge und Empfindungen sind zu Worten geworden, die erquickend und innerlich befeuern. Wie entzückend ist Johann Christofs Aufenthalt bei dem alten

Schulz geschildert! So schön, so liebevoll, so zart und innig, daß dieser Teil an reine, deutsche Lyrik erinnert.

Durch irgendein unliebsames Vorkommnis wird er gezwungen, Deutschland zu verlassen. Er geht nach Paris, von dem er Rettung erhofft. Und im Augenblick des Abschieds, an der Grenze, fühlt er, was in den Worten „Mutter“ und „Heimat“ liegt. Aber er kann nicht zurück, über der Notwendigkeit steht noch der Drang des Genies, der ihn hinaustreibt. Mit dem Kusse, den er auf die Wange einer kleinen Kuhmagd drückt, küßt er sein Deutschland. — — — (Fortsetzung folgt)

Nachts betrauert mich der Wind . . .

Nachts betrauert mich der Wind,
Und die Tage stumm und grau . . .
Sehn ich mich nach meinem Kind,
Nach der fernen, lieben Frau.

Nicken silberweiße Birken,
Flütern leise ihre Zweige:
Es verhallt unser Wirken
Wie der Saitenklang der Geige . . .

Heut'gen Tages heißes Ringen,
Und Bezwingen, und Vollbringen —
Morgen ist es ungeschehen,
Morgen wird's der Wind verwehen . . .

Morgen stehet meine Uhr —
Ist kein Lieben mehr und Hoffen.
Und ich werde euch verlassen
Ohne Namen, ohne Spur . . .

hat. Ueber die gewonnenen Räume verfügt ausschließlich das städtische Wohnungsamt.

Nun ist ja die Wohnungsnot für einen großen Teil der Bevölkerung schon immer in die Erscheinung getreten, nämlich für die weniger Zahlungsfähigen und vor allem die mit einer großen Kinderzahl gesegneten Familien. Sie alle können ein Lied singen von der oft unerhörten Eigennützigkeit der Vermieter und allerdings auch der Gärtherzigkeit vieler kinderloser Mieter. Soll dem allen auch ein Ende gemacht werden, so müssen wir zu einer Vergesellschaftung des Wohnungswezens kommen. Diesen Gedanken näher zu beleuchten, mag einem späteren Artikel vorbehalten sein.

Luisa Schroeder.

Zu der Frage des Schutzes der unehelichen Mutterschaft

geht uns nächstehender Brief zu, dessen Inhalt wohl wert ist, den Genossinnen bekannt zu werden. Wir sind mit dem Gedankengang der Schreiberin vollkommen einverstanden bis auf den Passus, in dem sie die Uebertragung des Vaternamens auf das Kind nicht für wünschenswert hält. Wir haben uns gegen den diesbezüglichen Antrag der Unabhängigen ablehnend verhalten, weil er den Zwang in dieser Beziehung ausspricht, dagegen verlangen wir das gesetzliche Recht auf den Namen des Vaters:

Betrifft Rechtsstellung der unehelichen Kinder.

Die Gleichstellung des unehelichen Kindes mit seinen ehelich geborenen Geschwistern ist meines Erachtens lediglich ein Gebot der Menschlichkeit, da es ungemein grausam ist, unschuldige Geschöpfe zeitweilig unter den besonderen Verhältnissen ihrer Geburt leiden zu lassen. Was mir aber in der Pressenotiz auffiel, war die Bemerkung, daß darauf hingewirkt werden soll, daß das uneheliche Kind künftig in allen Fällen den Namen des Vaters tragen können soll. Ich kann die darin liegende Segnung schwerlich erkennen. Das uneheliche Kind wird doch wohl meistens von der Mutter erzogen und kennt seinen Vater bedeutend weniger. Warum soll es da seinen Namen tragen? Ich sehe darin eher wieder eine Beleidigung der unehelichen Mutter, indem ihr Name dem Kinde gegenüber als minderwertiger hingestellt wird. Soviel mir bekannt ist, leidet das Kind heute nicht unter dem Namen der Mutter, diese dagegen ungeheuer unter dem Titel „Fräulein“. Sollte es nicht viel richtiger sein, jedem weiblichen Wesen bei einem bestimmten Alter — vielleicht 25 Jahre — wo man annehmen kann, daß es das Leben kennt und ihm gewachsen ist, wo es für all sein Tun und Lassen die volle Verantwortung übernehmen kann, den Titel „Frau“ zu verleihen. Nehnliche Gebräuche bestehen schon lange in Frankreich. Ich wurde dort, obwohl erst 23jährig, oft „madame“ genannt und erhielt auf meine Bemerkung, daß ich unverheiratet sei, die Antwort, daß es eine Form der Höflichkeit sei, Damen, die das kindlich-Jugendliche abgelegt hätten, als Zeichen der Achtung und vollen Anerkennung „madame“ zu nennen. In Rußland dagegen wird im persönlichen Verkehr kein Unterschied zwischen Frau und Fräulein gemacht. Die Damen werden vielmehr gleich den Herren nur mit ihrem Rufnamen in Verbindung des väterlichen genannt. Beide Bezeichnungen erscheinen mir zeitgemäßer als unsere streng getrennten. Obwohl die unverheiratete Frau sich heute längst nicht mehr für unbedeutender als ihre verheiratete Schwester hält, so erscheint mir doch für die Ernsthaltende und Schaffende der Titel „Fräulein“, unter dem man sich gern sprudelnde Jugend vorstellt, nicht ganz treffend. Wieviel mehr ist das aber der Fall bei einer unehelichen Mutter. Dort hat der Titel nach der üblichen gesellschaftlichen Auffassung noch einen gar bitteren Geschmack. Man darf aber doch solche Mütter nicht rundweg als leichtsinnige Geschöpfe betrachten, die nach mittelalterlicher Art zu strafen man für angemessen halten mag. Ich glaube sogar, daß solche jetzt kaum die Hälfte davon ausmachen und in Zukunft wird vielleicht deren Prozentsatz noch geringer werden; da infolge des langen männermordenden Krieges und der vermutlich noch lange anhaltenden Leuerung der weitaus größte Teil der Mädchen nicht wird heiraten können. Da wird man dann zunächst in ernster Auffassung des Berufes

einen Lebensinhalt suchen. Ist aber die wirtschaftliche Lage soweit gediehen, daß die notwendigen Bedürfnisse des Lebens sichergestellt sind, so erwacht erneut und kräftiger denn je der Wunsch, für jemanden zu leben. Wird außerdem die bittere Erfahrung gemacht, daß die Frau in den Berufen trotz gleicher Leistungen nicht voll angesehen wird, so ist es doppelt bitter, ihrer ureigenen Bestimmung nicht genügen zu können, weil die Verhältnisse ihr die dafür einzig anerkannte Form, die Ehe, nicht gestatten. Stark weiblich veranlagte und selbstbewußte Naturen geraten dadurch in einen fürchtbaren Kampf zwischen ihrem natürlichen Recht und den gesellschaftlichen Vorurteilen, und es gehört heute noch unendlich viel Mut und Selbstvertrauen dazu, den ersten Weg zu gehen. Die diesen aber trotzdem wählen, sind meiner Meinung nach Frauen von so hohen Eigenschaften, daß man auch für deren Nachwuchs beste Hoffnungen hegen kann. Hier ist es dringendstes Gebot der Menschlichkeit, Dornen aus dem Weg zu räumen. Manches Karikaturbild einer alten Jungfer würde unmöglich, wenn man das Weib an der Ausübung seines schönsten Berufes nicht durch beschränkte Vorniertheit hindern würde. Außerdem dürfte das Vaterland wohl einen nicht zu unterschätzenden Gewinn haben, da bei so freier Wahl nicht nur von Quantitäten, sondern auch von Qualitäten die Rede sein könnte. Diese Personen wären schon durch die Verleihung des Titels „Frau“ vor so manchen Feindschaften bewahrt, so lange unsere Gesellschaft nicht ohne weiteres jedem gesunden Weib erlaubt, Mutter zu werden. Hoffentlich braucht sie dazu nicht gar zu lange Zeit. M. B.

Wie rechtslos das uneheliche Kind in unserem Recht noch ist, beweist ein Urteil des Oberlandesgerichts Celle, wonach die Mutter auch durch Klage nicht gezwungen werden kann, den Namen des unehelichen Vaters zu nennen. Das Urteil ist ungeheuerlich, wenn man weiß, welche Mittel zur Einschüchterung der unehelichen Mütter von seiten der Väter mit „Klingendem“ Namen und klingender Münze angewendet werden.

Aus unserer Bewegung

Charlottenburg. Im Mai versuchte die hiesige 14. Gruppe des Wahlvereins außer der üblichen Gruppenversammlung für alle Mitglieder, gesondert eine für Frauen aus der Gruppe einzuberufen, die auch gleich bei der ersten Sitzung Erfolg hatte. Dadurch nehmen die einzelnen Mitglieder mehr Fühlung miteinander und es bildet sich dadurch eine herzliche Zusammengehörigkeit. Dieses äußert sich besonders bei allen Veranstaltungen, wo dann die Frauen immer geschlossen vertreten sind. Diese Abende sind weiter ausgebaut worden durch verschiedene Referate und finden monatlich einmal statt, sind stets gut besucht und es finden auch stets Renaufnahmen statt. Auch wurde unter Führung einer Genossin das hiesige Kinderheim besucht, was allseits großes Interesse erregte. Auch für die große Politik interessierten sich die Frauen, und dies muß durch gute Referate gefördert werden. Maria Neumann.

Bücherschau

Zur Kritik der freien Wirtschaft. Eine neuzeitliche Begründung der Sozialisierung von Ingenieur Dr. Alfred Striemer. Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Preis 1 M. Diese Schrift wendet sich insbesondere an die Industriebeamten und will ihr das gewaltige Problem der Umstellung unserer freien Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft klarlegen. Der Verfasser führt den Leser von der Kunst zum kapitalistischen Syndikat und erläutert das Wesen der Gewerbefreiheit. Er will die Unternehmerpersönlichkeiten als Organisatoren in den Dienst der Allgemeinheit stellen und an Stelle der Verstaatlichung und Verstaatlichung die gemeinschaftliche Unternehmung treten lassen, in der alle vorhandenen Kräfte und Produktionsmittel zu voller Nutzung gelangen können. Der Preisstreit zwischen Produzenten und Konsumenten soll der Verständigung Platz machen im Interesse einer höheren Wirtschaftlichkeit und zum Zweck der Steigerung und Verbilligung der Gütererzeugung.

„Die Volksgarde“. Unter diesem Titel ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin eine Broschüre erschienen, welche die Entstehungsgeschichte und die Aufgabe der Freiwilligentruppe als notwendig nachweist. Diese Schrift regt zur Nachprüfung des oft recht ungerechtfertigten Urteils über die „Freiwilligen“ an und ist im Hinblick auf die Ausführungen Noskes auf dem Weimarer Parteitag sehr zeitgemäß. Preis 35 Pf.

Friede!

Friede, Friede, hör ich sagen,
 Ist's nun endlich! — Süßer Friede!
 Den in qualgepeinigten Stunden
 Wir erhofften, wir eriehn? —
 Friede! Himmelslicht, du hehres,
 Dem auf dunkeln Leidenswegen
 Gläubig wir entgegen wallten? —
 — Ach! Kein Auge seh ich leuchten —
 Keinen Jubelsang vernehm ich —
 Seh nicht Gruß und Handschlag tauschen!
 „Brüder, freut Euch! — Es ist Frieden! —
 — Fahnen flattern nicht im Winde,
 Und kein Glockenton verkündet's! —

— — Friede? Wehe dem Besiegten,
 Weh! — Narrt ihn der Sieger
 Uebermut? „Frieden“ nennt er
 Diesen Schmähbrieff? Der mit jedem
 Federzuge Rache sinnt, Haß und Vernichtung?
 Friede? Dies Papier heißt Friede?

Des dem Tiefgebeugten alles,
 Hab und Gut und Ehr und Leben
 Nimmt — und ewig ihn ins Knechtsjoch
 Spannen möchte! — Den Besiegten!
 — „Friede!“ Ach, es werd zuschanden
 Dieses selige Wort an uns! Minna Heimannsberg.

Tagebuchblätter aus Weimar

Weimar, den 22. Juli 1919.

Nachmittagsführung. Die religiöse Eidesformel wird abgelehnt. Wieder mal ein Stück alter Blunder weg! Hat doch manch einer unter dem Gewissenszwang gelitten. Diskussion über das Ende der Nationalversammlung. Wir sperren uns nicht, wenn die Arbeiten soweit erledigt sind, auseinanderzugehen und den Männern und Frauen des neuen Reichstags Platz zu machen, die von der Volksstimmung dorthin gestellt werden.

*

Den 23. Juli 1919.

Ein überfülltes Haus. Bei den Ausführungen Bauers fühlt sich die rechte Seite des Öfteren tief gekränkt; aber auch die Kollegen von der Linken. Sie tun, als ob sie sich furchtbar amüsieren, als Bauer davon spricht, daß Menschen auch zu politischen Zwecken ausgebeutet werden.

Sozialisierung, Ausbau der Besitzuern, Ausblick auf die Aufgaben des Reiches als maßgebender Wirtschaftsfaktor. Der Wille, im Aufbau alles zu fördern, muß anerkannt werden — aber auch die Schwierigkeiten.

Hermann Müller entwickelt als Außenminister das Programm der auswärtigen Politik. Wir können Wort für Wort unterstreichen und freuen uns, mit welcher Selbstverständlichkeit heute derartige Reden aufgenommen werden. Der Widerspruch ganz rechts ändert daran nichts.

*

Den 24. Juli 1919.

Vor der großen politischen Aussprache kommen zwei Interpellationen der Rechten über Planwirtschaft und Landarbeiterstreik zur Verhandlung. Schlade antwortet. Zur großen Debatte spricht als erster Genosse Krähig. Die Interpellationen werden mitbedrückt.

*

Den 25. Juli 1919.

Die Parteien scheinen sich gegenseitig den Rang ablaufen zu wollen im Stellen kleiner Anfragen. Besonders die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei leisten darin „Hervorragendes.“

In der Aussprache über das Regierungsprogramm erhält zuerst Dr. Brauns vom Zentrum das Wort. Er ist, wie fast alle Zentrumsgeistliche, ein Sprechkünstler und sagt zudem manches Wertvolle. Der preussische Landwirtschaftsminister, Genosse Braun, polemisiert mit Schärfe und interessantem Material gegen den Vertreter der deutschnationalen Anfrage zum Landarbeiter-

streik. Er sagt das stolze Wort, daß er lieber der Minister von 200 000 Landarbeitern sein will, als der König von 500 Junkern.

In der Nachmittagsführung sagt als erste Rednerin Frau Dr. Bäumer die Meinung ihrer Fraktion zum Regierungsprogramm. Ihre Aufgabe ist keine leichte; soll sie doch die Politik ihrer Partei, die in den letzten Wochen allerlei Ueberraschungen brachte, vertreten.

Der Abgeordnete Graefe singt ein altes Schwanenlied, dessen erster Vers der Monarchie gewidmet ist. Seine Rede ist Wahlkampfmaterial wüster Art der Deutschnationalen. Bei allen Frauen in der Nationalversammlung muß ein Gefühl des Efels, der Empörung ob solcher niedriger Kampfweise aufsteigen.

Erzberger, gegen den in der Hauptsache Vorwürfe schlimmster persönlicher Art gerichtet sind, wehrt sich mit bekanntem Geschick und rücksichtsloser Schärfe. Die Enthüllungen, die er macht, sind in ihrer Tragweite und ihrem geschichtlichen Wert einfach erschütternd. Wie mit Schlaglicht beleuchtet, erscheinen die Vorgänge der Friedensaktion im Juli und August 1917.

In der bis nach 12 Uhr nachts tagenden Fraktionsführung wird die Besprechung des Staatsgerichtshofes in der großen Debatte gefordert. Alles bekannte Material, sowie die Erzbergerrede und die außenpolitische Rede Hermann Müllers sollen gedruckt dem ganzen deutschen Volke zugänglich gemacht werden.

*

Den 26. Juli 1919.

Die Rechte widerspricht dem Antrag Loebe, über den Staatsgerichtshof mitzudebattieren. Ein stürmisches „Hört, hört“ und die Zurufe „Freiheit“ nageln die Stellung der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei fest.

Nach dem Redner der Deutschen Volkspartei kommt die Meinung der Unabhängigen durch Haase zum Ausdruck. Er mißt die Situation, die seine Partei offenkundig nach Erzberger hat, gar nicht in dem Maße aus, wie erwartet. Ihm fehlt die große Geste und die Fähigkeit, auch als Parteimann, in diesem Augenblick über den Dingen zu stehen. Er kann es sich auch in dieser Stunde nicht versagen, die Wucht und Breite seiner Rede auf den Teil zu legen, der sich gegen Mehrheitssozialisten und vor allem gegen Noske richtet. Seine Ausführungen gegen rechts sind sehr maßig. Noske antwortet.

In der Nachmittagsführung hören fünfundsechzig Abgeordnete die verschiedensten Reden. Leid tut es uns, daß die ausgezeichneten Ausführungen des Genossen Bels so eine kleine Gemeinde haben. Bei der schlechten Berichterstattung und dem Papiermangel geht leider vieles von dem guten Material verloren, was der Rede zugrunde liegt.

*

Den 28. Juli 1919.

Eine Auflage vom Freitag. Das Haus folgt gespannt den Ausführungen Davids, Bauers, Müllers und Erzbergers. Der Abgeordnete Schulz-Bromberg vertritt die Politik seiner Partei. Große Heiterkeit, als während Erzbergers Ausführungen Graf Posadowsky zwischenbemerkt, sie seien doch eine vollständig neue Partei. Die Unschuldsengel alle!

*

Den 29. Juli 1919.

Vormittagsführung. Eine Anfragenstunde! Dann redet Henke, der die allein richtige Politik seiner Partei nachweist.

An unsere Leserinnen

Durch die Verlegung des Druck- und Versandortes sind vielfach Verzögerungen in der Zustellung der „Gleichheit“ eingetreten. Wir bitten alle Genossinnen, welche die Zeitung in den letzten Wochen nicht erhalten haben, bei dem Expéditeur ihres Ortes oder, wenn sie das Blatt durch Kreuzband bezogen haben, bei der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 3, zu reklamieren. Den Postabonnentinnen ist vielfach von den Postämtern die Auskunft gegeben worden, die „Gleichheit“ habe ihr Erscheinen eingestellt. Dieser Irrtum ist durch die nicht rechtzeitige Ummeldung beim Postzeitungsamt gekommen. Inzwischen sind alle Störungen beseitigt und die Zustellung wird wieder pünktlich erfolgen. Die Postbesieger werden gebeten, das Abonnement zu erneuern.

Verlag der „Gleichheit“.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Vohm-Schuch. Druck: Vorwärts Buchdruckerei. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. B., sämtlich in Berlin SW 68, Lindenstraße 3